

Spekulantentum

Mit Grundstücken lässt sich viel Geld verdienen. Dadurch werden die Mieten teurer. DIE LINKE kritisiert das und macht Vorschläge. **S.3**

Zu langsam

Es geht nicht voran mit der Verkehrswende. Immer noch wird vor allem das Auto gefördert. Der LINKEN reicht es. **S.5**

Sozialkürzungen

In einem Handstreich setzen Grüne und CDU Sozialkürzungen durch. DIE LINKE protestiert und fordert eine höhere Gewerbesteuer. **S.6**

Rheinblick.online

Der Rheinblick ist jetzt auch online zu lesen. Die Pause wurde genutzt um die Webseite zu basteln. Kritik und Lob sind erwünscht.

Jetzt wird gezockt!



Foto: © canstock/edharcacstock

Keine Oper am Wehrhahn!

Ist der Kaufhof einem Grundstückspoker zum Opfer gefallen?

750 Millionen Euro mitten im Krisenjahr – den Düsseldorfer Ratsbeschluss zum Neubau einer Oper könnte man ein Konjunkturpaket für die Bauwirtschaft nennen. Leider wird vor allem ein altbekannter österreichischer Milliardär profitieren: René Benko, dem auch das Carsch-Haus und (irgendwie) der Heinrich-Heine-Platz gehören.

Für Benko ist Düsseldorf ein großes Monopoly-Spiel mit willigen Mitspielern. So erlaubte der Stadtrat ihm - gegen die Stimmen der LINKEN - ein riesiges Loch in den Heinrich-Heine-Platz zu reißen. Es soll der Eingangsbereich zu Benkos Carsch-Haus werden.

Niemand rechnet damit, dass es bei Kosten von 750 Millionen Euro bleibt. Wie konnte es soweit kommen, dass CDU und Grüne immer vom Sparen reden, aber im Eiltempo einen Prachtbau für fast eine Milliarde durch den Stadtrat peitschen konnten?

Keller und Benko schaffen Tatsachen

Seit 2019 beriet eine städtische "kleine Kommission Oper" über Renovierung oder Neubau des Düsseldorfer Operngebäudes. Aber die Stadtspitze machte

Druck, dass bis Ende 2021 die Entscheidung fallen sollte. Wo das Geld so locker sitzt, sind Profiteure nicht weit: Große Architekturbüros lancierten in den Medien ein Feuerwerk an Vorschlägen und Entwürfen für eine neue Oper.

Warenhausketten-Besitzer René Benko ist ein gewiefter Monopoly-Spieler: Er schloss im Oktober 2020 den Kaufhof Am Wehrhahn und ließ über seine Immobiliengesellschaft SIGNA im Frühjahr 2021 verlauten, dass er sich auf dem Grundstück einen Opern-Neubau wünscht. Vor diesem Hintergrund muss man den "Bürgerworkshop" zur Zukunft des Wehrhahn-Grundstücks, der Anfang 2021 stattfand, als Farce bezeichnen.

Im September 2021 verkündete CDU-Oberbürgermeister Keller der Presse dann die Empfehlung für den Opern-Neubau, noch bevor die zuständige Kommission abschließend getagt hatte. Der ehemalige Kaufhof-Standort Am Wehrhahn stand ganz vorne auf der Liste der möglichen Standorte.

Kaufhof-Besitzer Benko macht sein Geld mit Grundstücken

Der Immobilien-Milliardär und Kaufhausketten-Besitzer René Benko vermie-

tet sich teuer seine eigenen Immobilien. Gern verdient er auch am Wertzugewinn leerstehender Wolkenkratzer, zum Beispiel in Berlin. Mit seinen Methoden stößt er in Berlin mittlerweile auf Widerstand; in Düsseldorf noch nicht. Hier kann er auf Lokalpolitiker zählen, die sich mit Versprechen für eine Oper von Weltgeltung bauchpinseln lassen.

Gier und Größenwahn sind ein perfektes Gespann

Im Dezember 2021 kam es im Stadtrat zum Schwur über eine Dreiviertel-Milliarde Euro für einen Opern-Neubau – trotz Sparhaushalt. Nicht nur CDU und Grüne stimmten dem zu, sondern auch FDP und SPD. Die SPD brachte noch einen anderen Standort als Ergänzung ins Spiel, fand dafür aber keine Mehrheit. Die Oper soll entweder auf Benkos Grundstück gebaut werden oder am jetzigen Standort (was einige Probleme aufwerfen würde). Später in der Sitzung kürzte der Stadtrat mit Stimmen von CDU und Grünen die Sozialausgaben.

DIE LINKE möchte mit dem Monopoly-Spiel Schluss machen – keine Geschäfte mit Herrn Benko; keine Oper am Wehrhahn!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der Corona-Krise kommt das Soziale zu kurz. Nie war die Armut größer, nie die Bereicherung der Milliardäre schamloser und nie wurde weniger darüber gesprochen. Im Schatten der Corona-Krise schwindet die Aufmerksamkeit für Themen, welche die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ganz direkt betreffen: Steigende Energiekosten, Wuchermieten, weniger soziale Angebote, Milliardenausgaben für Prestigeprojekte.

Die Umwandlung des Heinrich-Heine-Platzes in einen Zugang zu René Benkos Carsch-Haus ist das jüngste Beispiel für die Übernahme unserer Stadt durch Spekulanten. Ein gigantischer Neubau des Düsseldorfer Opernhauses auf Benkos Grundstück Am Wehrhahn droht das nächste Beispiel zu werden.

Als LINKE Ratsfraktion machen wir der CDU-Grünen Stadtregierung Düsseldorfs aber vor allem einen Vorwurf: Die schwarz-grüne Mehrheit im Stadtrat missbraucht die Themen Corona und Opernbau, um im Handstreich Sozialkürzungen zu machen und den sozialen Wohnungsbau herunterzufahren. Zu später Stunde wurden in der Haushaltsberatung 2022 alle sozialen Projekte der Wohlfahrtsverbände mit mündlichen Anträgen gekürzt, aber Geld für eine neue Oper ist da! Nur noch weniger als die Hälfte an Sozialwohnungen wurde gebaut, und niemand sieht es, weil man die Sitzung des Wohnungsausschusses wegen Corona ausfallen lässt. Gegen diesen heimlichen Sozialabbau kämpft DIE LINKE im Stadtrat.

Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95 123
Bürozeiten: Mo.- Do. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

32.070 Arbeitslose in Düsseldorf = 9,1 %

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit ist. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 Jahre sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl. Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im Dezember 2021 bei 23.911 (offizielle Arbeitslosenquote 6,9 Prozent). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, aus der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 32.070 um 5.322 Personen höher als die schön gerechnete, offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 5.322 freie Arbeitsstellen im Juli gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite: www.linksfraktion-duesseldorf.de

Viel Geld für's Dreck wegmachen

12,5 Millionen Euro werden im Haushalt 2022 für externe Reinigungsarbeiten ausgegeben. Es war schon lange eine Forderung der LINKEN, dass diese Arbeiten wieder kommunal stattfinden. Gerade die Reinigungsindustrie ist gekennzeichnet von Unterbezahlung und miesen Arbeitsbedingungen. Auf die Forderung ist die Ampelregierung im Jahre 2018 eingegangen und hat das Ziel der Eigenreinigungsquote auf 50 % gesetzt. Im November 2021 lag diese Quote mit 43,5 % weiterhin unter dem selbstgesteckten Ziel. DIE LINKE hat in der Haushaltssitzung für das Jahr 2022 gefordert die Zielquote auf 80 % zu erhöhen, damit noch mehr Menschen in sozial abgesicherte Arbeitsplätze in der Kommune überführt werden können.

Stolperstein für Emma Hoppe

Die Ratsfraktion DIE LINKE hat eine Patenschaft übernommen

Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig. Seine Intention ist es, NS-Opfern die in den Konzentrationslagern zu Nummern degradiert wurden, ihre Namen zurückzugeben. Er will mit dieser Form des Gedenkens an die Menschen erinnern, die in der NS-Zeit verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden. Und diese lebten unübersehbar mitten in den Wohngebieten. Mit der Verlegung der Stolpersteine an ihren meist letzten Wohnorten entlarvt er auch die Schutzbehauptung, dass niemand von den Deportationen und Gräueln wusste, als Lüge. Es ist gleichzeitig eine Markierung der Tatorte. Mittlerweile sind in Düsseldorf 372 Stolpersteine verlegt worden. Darunter befinden sich Personen sämtliche Opfergruppen. Sie finden sich nicht nur in der Innenstadt, sondern in allen Stadtteilen. Überall „stolpert“ man über sie. Das Bücken, um die Texte auf den Stolpersteinen zu lesen, soll eine symbolische Verbeugung vor den Opfern sein.

Emma Hoppe Kanonierstraße 3 in Derendorf

Die Ratsfraktion DIE LINKE Düsseldorf hatte sich entschieden eine Patenschaft zu übernehmen. Uns wurde von der Mahn- und Gedenkstätte, die in Düsseldorf die Koordination übernimmt, Emma Hoppe vorgeschlagen.

Emma Hoppe wurde als Emma Tillmann am 12. März 1885 in Velbert geboren.

Sie heiratete den Schlosser Wilhelm Hoppe und bekam mit ihm zwei Kinder. Die Familie Hoppe wohnte in der Kanonierstraße 3 in Derendorf in einer Wohnung in der zweiten Etage.

hieß. Die Gefangenen litten unter Hunger und Kälte, verheerenden Hygienemängeln, härtesten Strafen bei kleinen Verfehlungen. Etliche begingen Selbstmord. Einige verhungerten qualvoll, viele star-



Stolpersteinverlegung für Emma Hoppe
Foto: © Rheinblick/gafas

Am 12. Dezember 1933 wurde Emma Hoppe verhaftet und am nächsten Tag in das Frauengefängnis in der Ulmer Höh eingeliefert. Da Emma Hoppe im politischen Widerstand (KPD) aktiv geworden war, wurde ihr von den Nationalsozialisten „Vorbereitung zum Hochverrat“ vorgeworfen. Im Februar 1934 verurteilte sie das Oberlandesgericht in Hamm zu einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis. Am 1. März 1934 wurde die 49-Jährige in das „Frauengefängnis Anrath“ (Willich) gebracht. Hier musste sie als Häftling auch Zwangsarbeit leisten. Die Zustände im Gefängnis waren grauenhaft. „Die Hölle von Anrath“ wie es bei Anwohner:innen

ben an den Langzeitfolgen.

Auch Emma Hoppe erkrankte im Gefängnis. Als sie 1936 aus der Haft entlassen wurde, erholte sie sich davon nicht mehr und starb mit gerade einmal 52 Jahren am 20. März 1937 in Düsseldorf.

Am 24. August 2021 wurde der Stolperstein für sie in Anwesenheit der Ratsfraktion verlegt. Die Ratsfraktion wird sich um ihn kümmern und versuchen zusätzliche Informationen über Emma Hoppe zu erlangen. Gleichzeitig rufen wir dazu auf, weitere Patenschaften für Stolpersteine zu übernehmen. Kontakt über Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf: gedenkstaette@duesseldorf.de

Straßennamen und ihre Bedeutung

Gurlittstraße

Der R(h)einblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial- und Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte im Kulturausschuss die Initiative gestartet, alle Namen von Straßen und Plätzen auf problematische Hintergründe oder Bezüge zu überprüfen. Belastete Straßennamen sollen umbenannt werden.

Die Gurlittstraße in Billk

Hildebrand Gurlitt (*15. September 1895 in Dresden; † 9. November 1956 in Oberhausen) war während der Zeit des Nationalsozialismus ein Kunsthändler. Sein Urgroßvater war Jude, dadurch war Gurlitt selber von den NS „Rassengesetzen“ bedroht. Trotzdem wurde er einer der Hauptakteure im millionenschweren Handel mit Kunstwerken im Nationalsozialismus. Er war damit beauftragt die aus deutschen Museen beschlagnahmte sogenannte „Entartete Kunst“ (diffamierte moderne und avantgardistische Kunst)

ins Ausland zu verkaufen. Weiterhin war Gurlitt nach Beginn des Zweiten Weltkriegs als einer der Haupteinkäufer für das Hitlermuseum in Linz am nationalsozialistischen Kunstraub vorwiegend in Frankreich beteiligt. Er wurde zu einem der wichtigsten Kunsthändler in den von den Nazis besetzten Gebieten. Gleichzeitig kaufte er Kunst von verfolgten jüdischen Künstler:innen zu niedrigen Preisen auf. Durch billigen Ankauf und hohe Verkaufspreise an das Hitlermuseum er-

rang er ein erhebliches Vermögen. Viele der angekauften Bilder behielt er selber und schuf sich so eine große Sammlung.

Nach dem Ende der NS-Zeit schaffte er es, seine früheren Aktivitäten weitestgehend zu verschleiern. Ein Entnazifizierungsverfahren endete aufgrund von Entlastungszeugen mit einem Freispruch.

1948 wurde er Leiter des Kunstvereins für die Rheinlande und Westfalen in Düsseldorf. Hier wie andernorts wurde seine Vergangenheit nicht hinterfragt. Auf deren Webseite findet man bis heute keinen Beitrag dazu. 1956 verstarb Gurlitt.

2012 wurde bei seinem Sohn Cornelius ein Teil der Sammlung Gurlitt gefunden, mit vielen Werken, die bis dahin als verschollen galten. Heimlich hatte er eine große Sammlung angehäuft, bei vielen Werken ist die Herkunft immer noch nicht eindeutig geklärt. Insgesamt handelt es sich um etwa 1.600 Kunstwerke.

Immerhin nahm mit dem Fund die Diskussion über Raubkunst in deutschen Museen endlich Fahrt auf.



Ausstellung „Entartete Kunst“ im Ehrenhof 1937
Foto: © duesseldorf.de

Sozialwohnungsbau in Düsseldorf bricht ein

SWD baut nur halb so viele Wohnungen wie angekündigt

In der Sitzung des Wohnungsausschusses am 17.01.2021 sollte es um den sozialen und den öffentlichen Wohnungsbau gehen. Unter anderem hatte DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf eine Anfrage zur Städtischen Wohnungsbaugesellschaft (SWD) gestellt. Die Sitzung fiel leider wegen der hohen Corona-Inzidenz aus – aber die Stadtverwaltung beantwortete die Anfrage schriftlich.

Und die Beantwortung hatte es in sich - Julia Marmulla, Fraktionssprecherin und Mitglied der LINKEN im Wohnungsausschuss: „Die Zahlen sind katastrophal. Der Bau von Sozialwohnungen in Düsseldorf ist dramatisch eingebrochen, genau wie der Bau von städtischen Wohnungen. Das ist zweifach übel, weil im städtischen Wohnungsbau der höchste Anteil an Sozialwohnungen mit geplant wird. Angesichts der Wuchermieten in Düsseldorf muss einen das mit Entsetzen erfüllen.“

Nur 283 Wohnungen konnte die SWD seit 2019 fertigstellen. Bis 2024 sind statt 1.600 aktuell nur noch 535 Wohnungen vorgesehen. Die Zahlen fanden zunächst nicht den Weg in die Öffentlich-

keit - ohne eine Ausschusssitzung sehen viele Zeitungen keine Berichterstattung vor.

Die Planung der SWD verschiebt die Bauprojekte immer weiter in die Zukunft

Marmulla: „Noch 535 SWD-Wohnungen sollen bis 2024 entstehen. Wenn der Bau jetzt beginnen soll, müssten dafür Baugenehmigungen vorliegen. Die SWD hat aber nur für 410 Wohneinheiten Genehmigungen - einschließlich der Genehmigungen für die seit 2019 errichteten Wohnungen.“

In der gleichen Ausschusssitzung sollte die Verwaltung vom Stand des sozialen Wohnungsbaus im Stadtgebiet berichten; die Zahlen liegen vor: Im Jahr 2021 wurden in Düsseldorf (im privaten und öffentlichen Wohnungsbau) nur 218 Sozialwohnungen errichtet. Im Jahr davor waren es mit 494 noch mehr als doppelt so viele.

Die Verantwortung für die Abwärtsspirale des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus sieht Marmulla klar bei CDU und Grünen:

„Die Stadt hat seit dem Wahlsieg von CDU und Grünen in der Kommunalwahl 2020 den städtischen Wohnungsbau schleifen lassen. Die SWD hat nicht die Kapazitäten für das nötige Bauvolumen. Die Stadt muss den Wohnungsbau anschieben, indem sie der SWD Bauaufträge für günstige Wohnungen gibt und diese auch finanziell absichert. Dauerhaft günstige Wohnungen entstehen nur, wenn die Stadt hier Geld investiert. Dafür wird DIE LINKE im Stadtrat kämpfen.“

| SWD-Wohnungsbau | Planzahlen 2019 | Planzahlen aktuell |
|------------------------|-----------------|--------------------|
| 2019 | Ø266 | 20 |
| 2020 | Ø266 | 209 |
| 2021 | Ø266 | 54 |
| 2022 | Ø266 | 106 |
| 2023 | Ø266 | 352 |
| 2024 | Ø266 | 77 |
| gesamt bis 2024 | 1.600 | 818 |
| fertig nach 2024 | | 401 |

„Großinvestoren“ blockieren den Wohnungsbau

Grand Central, Glashüttengelände & Co.

Am 16. Dezember stellte DIE LINKE im Stadtrat erneut den Antrag, keine städtischen Wohnungsbaugrundstücke mehr an „Investoren“ zu verkaufen.

Jahrelang haben die Stadtverwaltung und die Mehrheitsfraktionen den Vorwurf der LINKEN zurückgewiesen, dass mit diesen Grundstücken spekuliert wird. Inzwischen sind die schlechten Erfahrungen zu offensichtlich, um sie zu leugnen:

Allein beim Wohnungsbauprojekt Grand Central in Bahnhofsnähe wartet die Stadt seit 2019 vergeblich auf den Baubeginn für 1.000 Wohnungen. Stattdessen wurde das Projekt von den „Investoren“ mehrfach gewinnbringend weiterverkauft. Hunderte Millionen Euro wurden eingenommen, null Wohnungen wurden gebaut. Das nennt man zu Recht „Spekulation“. Da droht nun sogar die CDU-Grüne Ratsmehrheit mit strengeren städtebaulichen Auflagen bei künftigen Grundstücksverkäufen. Die Adler Group, aktueller Besitzer von klangvollen Projekten wie Grand Central, Glasmacherviertel, UpperNord Tower, UpperNord Quarter, Benrather Gärten, Zauberberg, und Grafental-Ost - sie betrifft das nicht.

Die säumige Adler Group ist verantwortlich für insgesamt 5.000 nicht gebaute Wohnungen in Düsseldorf. Das Grundproblem ist, dass sich auf dem Düsseldorfer Immobilienmarkt mehr Geld mit dem Kauf und Weiterverkauf von Grundstücken mit Baugenehmigungen oder



gleich Projekt- und Unternehmensanteilen mehr Geld machen lässt als mit dem eigentlichen Wohnungsbau.

Spekulation treibt die Preise

Am Ende der Preisspirale ist der Kaufpreis nicht mehr durch die erwarteten Einnahmen durch Wohnungsverkäufe gegenfinanziert – das Projekt wird unverkäuflich, der Wohnungsbau lohnt sich nicht mehr; der Stillstand wird ausweglos.

In diesem Pyramidenspiel hat sich die Adler Group verspekuliert. Jetzt gerät sie in das Visier anderer Raubtiere des Immobilienmarkts. Die LEG übernimmt voraussichtlich die Düsseldorf Bauprojekte der Adler Group. Die LEG aber hat sich in der Vergangenheit nicht als guter Vermieter gezeigt. Für ungewollte Modernisierungen kassierte sie Mieterhöhungen, damit an die LEG-Aktionäre hohe Dividende ausgeschüttet werden konnten.

Wenn die LEG der Adler Group einige oder alle Bauprojekte günstig abkaufen kann, hat sie Wahl: Wohnraum errichten oder Spekulationsgewinne einstreichen? Selbst wenn sie sich fürs Bauen entscheidet: Aufgrund des Umgangs der LEG mit ihren Bestandsmieter:innen darf man nicht hoffen, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Deshalb fordert DIE LINKEN-Fraktionssprecherin Julia Marmulla: „Die Stadt muss die Enteignung der Düsseldorfer Adler-Immobilien anstreben.“ Die Enteignung würde bedeuten, dass die Stadt für den Rückkauf nur den tatsächlichen Wert der Grundstücke bezahlen muss; nicht den Spekulationspreis. Marmulla: „Die Botschaft an Investoren muss lauten: Wir setzen der Spekulation eine Grenze - das Recht der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer auf Wohnungen wird durchgesetzt.“

FFP2 Masken über parlamentarische Irrwege

Seit Mai 2021 wird allen geraten, die mit der Rheinbahn unterwegs sind, eine FFP2-Maske zu tragen. In einem Drogeriemarkt kosten fünf dieser Masken derzeit (Januar 2021) 6,99 Euro. 7 Euro für einen Wochenvorrat bedeuten für viele Menschen schon einen tiefen Griff in den Geldbeutel. Die Ratsfraktion DIE LINKE Düsseldorf forderte aus diesem Grund die Stadt auf, alle Menschen mit wenig Geld mit kostenlosen FFP2-Masken zu versorgen. Unser erster Antrag auf kostenlose FFP2-Masken wurde in der Sitzung des Stadtrates im Dezember 2020 abgelehnt. Aber die Fraktion hat sich nicht unterkriegen lassen und den Antrag mehrfach wieder eingebracht. Es gab eine Menge Änderungsanträge von Grünen, CDU und FDP, die mal mehr und mal weniger umständliche Umwege für die Verteilung der Masken forderten. Schlussendlich konnten sich alle im September 2021 darauf einigen, dass die Stadt die Masken an den Impfstellen Heinrich-Heine-Allee und hinter dem Hauptbahnhof im neuen Impfzentrum verteilen soll. Dort können sie sich gegen Vorlage ihres Düsseldorfspasses nun endlich Masken abholen.

Aktive Beteiligung nicht erwünscht

Eine Beteiligung der Einwohner:innen an der Mitgestaltung der Stadt wird in Düsseldorf bisher ausschließlich als Mitwirkung in beratender Funktion gewollt, beispielsweise in Workshops oder Beteiligungsverfahren. Dort darf dann darüber entschieden werden, wo noch eine Sitzbank hinkommt und in welcher Farbe. Eine aktive Bürger:innenbeteiligung sieht anders aus.

Nach Meinung der LINKEN muss die Beteiligung an haushalts- und stadtentwicklungspolitischen Angelegenheiten ausgeweitet werden. Eine Möglichkeit bietet das Bürgerbudget. Hierbei wird eine feste Summe in den Haushalt eingestellt, über deren Verwendung die Einwohner:innen eigenständig entscheiden. Andere Städte, wie z.B. Wuppertal, haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. DIE LINKE forderte für den Haushalt 2022 jährlich 0,50 Euro pro Einwohner:in bereitzustellen. Bei momentan etwa 645.000 Einwohner:innen sind dies 322.500 Euro. Ein überschaubarer Betrag, der eine wirkliche demokratische Mitbestimmung der Einwohner:innen fördern würde. CDU und Grüne wollen dies jedoch nicht und lehnten den Antrag ab.

Prämie für Hebammen abgelehnt

Zur Sitzung des Rates am 16.12.2021 forderte DIE LINKE eine Niederlassungsprämie für Hebammen. Es wurde gefordert, dass Hebammen eine Prämie erhalten, wenn sie sich in Düsseldorf niederlassen und ihre Ausbildung maximal zwei Jahre zurückliegt. Zuerst sollten sie 2.000 Euro und dann für die kommenden drei Jahre pro Jahr weitere 1.000 Euro erhalten.

Auch soll die Betreuung einer Wöchnerin im Wochenbett mit 60 Euro, die Geburtshilfe in einem Geburtshaus/Praxis mit 100 Euro und die Geburtshilfe bei einer Hausgeburt mit 200 Euro gefördert werden. 2020 konnten von 5.622 Anfragen 3.245 werdende Mütter über die Hebammenzentrale nicht vermittelt werden. Auch die AOK bescheinigte die chronische Unterversorgung für Schwangere, Neugeborene und junge Mütter in Düsseldorf. Düsseldorf liegt mit nur 120 freiberuflichen Hebammen weit unter dem Landesdurchschnitt. Und dennoch stimmte die christlich-feministische Kooperation dagegen.

28 Stoffwindeln ersetzen 6.000 Wegwerfwindeln

DIE LINKE forderte zur Haushaltssitzung am 16.12.2021, die Willkommensschreiben der Stadt bei Geburten mit einem Starterset für Stoffwindeln zu erweitern.

In Düsseldorf erhalten alle Familien ab ca. 6 Wochen nach der Geburt des Kindes ein Schreiben. 2020 wurden allein in Düsseldorf 8.800 Geburten gezählt. Dieses Schreiben soll durch ein Set von Stoffwindeln erweitert werden. Da Mütter nach der Geburt noch durch Hebammen (m/w), Geburtsklinik oder Ärzt:innen begleitet werden, ist der Umgang mit Stoffwindeln durch richtiges Anlernen viel leichter.

Nach Aussagen des Blauen Engels tragen 95 Prozent der Kinder Wegwerfwindeln. Bis ein Kind trocken ist, verbraucht es ungefähr 5.000 bis 6.000 Wegwerfwindeln. Pro Kind entsteht dabei circa eine Tonne Windelmüll. Eine Wegwerfwindel mit 12 Gramm Superabsorber enthält 5 Gramm Erdöl. Wegwerfwindeln brauchen in der freien Natur über 450 Jahre um zu verrotten.

Mindestens 106 Landkreise und Städte, darunter auch Wuppertal und Münster, zahlen Stoffwindelzuschüsse. CDU und Grüne in Düsseldorf lehnten den Antrag jedoch ab.

Haushalt fair verteilen

Genderbudgeting wird von CDU und Grünen zur Nebensache erklärt

2004 definierte die Europäische Union Gender Budgeting: Gender Budgeting bedeutet eine geschlechterbezogene Bewertung von Haushalten und integriert eine Geschlechterperspektive auf allen Ebenen des Haushaltsprozesses. Durch Gender Budgeting werden Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel restrukturiert, die Gleichstellung der Geschlechter zu för-

in Anspruch genommen werden.

Eine Haushaltsplanung betrifft sehr vielfältige Bereiche. Sie plant zum Beispiel Gelder für Kinderbetreuung, Verkehrsplanung, Grünflächengestaltung, Stadtbüchereien oder Digitalisierung. Das beeinflusst unmittelbar alle Menschen, die in einer Stadt oder Gemeinde leben. Dennoch profitieren nicht alle Men-

geting wird ein fester Bestandteil sein.

Doch 2019 hieß es für Düsseldorf, dass es bei der Ausgestaltung des Haushaltsplanes keine an der Gleichstellung der Geschlechter orientierte Budgetsteuerung gibt.

Im September 2021 fragte DIE LINKE Düsseldorf, wie der Stand der Einführung des Genderbudgeting sei und erhielt die Antwort: Das Amt für Gleichstellung und Antidiskriminierung und die Kämmerei benötigen dafür mehr Personal. Personalstellen sollen dafür bei der Kämmerei geschaffen werden. Aus anderen Städten wird berichtet, dass immer auch weitere Finanzmittel erforderlich sind. Um diese Ressourcen sicherzustellen, beantragte DIE LINKE für den Haushalt 2022 die Bereitstellung von genügend Mitteln für Personal und Sachkosten, um die angestrebte Umsetzung des Genderbudgeting herbeizuführen.

Der Haushaltsantrag wurde durch die Schwarz-Grüne-Mehrheit im Rat abgelehnt, was im Gegensatz zu ihrem Wahlversprechen steht, das lautete: "Wir wollen in Düsseldorf die Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen verwirklichen und jegliche Benachteiligungen abbauen".



dem (Definition der Europäischen Union, EG-S-GB 2004, RAP FIN prov2, S. 11). Mit anderen Worten: Gelder eines jährlichen Haushaltes können nur einmal ausgegeben werden. Bei einer Nutzenanalyse wird untersucht, ob diese Gelder für Programme, Angebote oder Leistungen der Stadt vermehrt von Frauen oder Männern

schen im gleichen Maße von der Mittelvergabe.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat 2016 mit dem Beitritt zur Erklärung „2030-Agenda-Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ bekräftigt: Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein elementarer Faktor! Das Gender Bud-

Linie S 68 in städtische Hand

Ein Gewinn für Alle

Für die Verkehrswende ist es notwendig, nicht nur den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) auszubauen, sondern auch den Schienenpersonennahverkehr (SPNV), der das Umland bedient. Die hohe Pendler:innenzahl in Düsseldorf muss vom Auto auf die Schiene. Nur attraktive Netzanbindungen mit hohen Taktzahlen schaffen es, Pendler:innen direkt an ihren Wohnorten abzuholen.

Es gibt schon eine erfolgreiche Bahn, die S 28. Sie bedient die Strecke Kaarst, Neuss, Düsseldorf, Mettmann und Wuppertal. Das Unternehmen Regiobahn wurde 1992 von den beteiligten Kommunen gegründet, unter anderem auch Düsseldorf. Sie ist ein nicht mehr wegzudenkendes Verkehrsmittel.

Die S 28 fährt rund 1,6 Millionen Zugkilometer und ist seit 2017 mit ihrer Kapazitätsgrenze von über 23.000 Fahrgästen pro Tag ausgelastet. Ihre 17 Fahrzeuge werden aktuell nach und nach elektrifiziert. DIE LINKE Düsseldorf will durch die Kommunalisierung der Linie S 68 das Angebot um eine wichtige Pendler:innenstrecke erweitern. Die S 68 fährt entlang der Strecke Langenfeld, D-Garath, D-Eiler, D-Oberbilk, Düsseldorf-HBF, D-Gerresheim und Wuppertal.

In den letzten zwei Jahren wurde die geringe Taktung der S 68 bemängelt. Die S 68 fährt in den frühen Morgenstunden, ein oder zwei Mal am Nachmittag und nicht an Wochenenden. Pendler:innen mussten ein zusammengestrichenes Angebot hinnehmen. Damit bleibt die S 68 weit hinter ihrem Potential.

DIE LINKE Düsseldorf ist überzeugt, dass das Erfolgsmodell der S 28, einer kommunal betriebenen Regionalbahn,

weiteren Erfolgsmodell entwickelt. Nur so geht Verkehrswende.

Es ist eigentlich einfach: Haltestellen, Gleise, die erschlossene Strecke und die Fahrzeuge bestehen schon. Und das alles elektrifiziert. Eine Ausschreibung über die S 68 findet 2023 statt. Jetzt heißt es handeln!

CDU und Grüne möchten innovative, modellhafte Ideen aus allen Mobilitätsbereichen künftig mit einem Düsseldorfer



auch auf die Strecke der S 68 übertragen werden kann. Die Übernahme der S 68 würde den Regionalverkehr für Düsseldorf und den Umkreis erheblich verbessern. Wir wollen, dass sich Düsseldorf dafür stark macht, diese Bahnstrecke zu übernehmen und sie zu einem

Mobilitätspreis auszeichnen. Für den Bereich des SPNV sind sie völlig ideenlos. Sie haben unseren Haushaltsantrag im Rat für die Bereitstellung von Mitteln für 2022 zur Kommunalisierung der S 68 abgelehnt und verschlafen damit einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende.

Keine Verkehrswende in Sicht

DIE LINKE sieht bei der Verkehrspolitik von CDU und Grünen schwarz

Bei der Haushaltsitzung am 16.12.2021 hat DIE LINKE als einzige Fraktion die tatsächlichen notwendigen Mittel für die Umsetzung der Verkehrswende beantragt. Um bis 2035 klimaneutral zu werden, reichen die städtischen Kostenkalkulationen nicht aus. Als Beispiele dafür hat sich die DIE LINKE auf Ausbau und Verbesserung der Rad- und Gehwege, und ihre Anbindung an das Umland konzentriert.

Die Verwaltung hat der Politik 2021 ein Klimakonzept für den Sektor Verkehr vorgelegt. Darin ist ein Maßnahmenkatalog mit entsprechenden Kosten enthalten, um eine Verkehrswende in Richtung Klimaneutralität umzusetzen. Dennoch weisen die Effekte der Maßnahmen eine Lücke von 40 Prozent zum Erreichen der Emissionsziele der Landeshauptstadt auf. Das sind in Zahlen 434.000 Tonnen CO₂. Um diese Lücke zu schließen, sind höhere Investitionen notwendig. Das angestrebte Emissionsziel wird sonst nicht erreicht.

Im Haushalt 2022 sind für Gehwege 0,00 Euro Investitionen angesetzt. Das



Proteste der Jugend: Schon vergessen?
Foto: (CCO) pixabay/cubicroot

Euro pro Einwohner:in für den Radverkehr ausgegeben wird, in Utrecht 132 Euro, liegen die Ausgaben für Autoverkehr bei 250 Euro pro Einwohner:in. Seit 2021 sind im Förderprogramm des Landes finanzielle Mittel des Bundes zur Förderung kommunaler Fahrradinfrastrukturprojekte enthalten. Gefördert werden in der Regel 80 Prozent.

Im Herbst 2021 wurde die Vorlage einer sogenannten Merit Order für den Sektor Verkehr im Ausschuss für Klima-, Umwelt-Verbraucherschutz (UA) und im Ordnungs- und Verkehrsausschuss (OVA) vorgelegt. Seitdem offenbart sich, dass CDU und Grüne große Differenzen haben beim Thema Verkehr und Verkehrswende. Die CDU möchte eine kleine Verkehrswende und nur ein paar Änderungen aus den Vorschlägen umsetzen. Die Grünen möchten dagegen alles umsetzen. Auch erwähnen die Grünen gerne, dass trotz allen Maßnahmen das Klimaziel nicht erreicht wird. Das haben sie also erkannt; was aber tun sie? 60 Millionen Euro stellt die Stadt allein 2022 zur Verfügung, um 2035 Klimaneutral zu sein. Die Grünen haben vielleicht Angst, sich festzulegen und Prioritäten zu setzen. Die CDU dagegen hat Fahrräder und Fußgänger:innen nicht auf dem Schirm und ist für den Ausbau des ÖPNV. Vor allen Dingen die extrem teure Erweiterung des U-Bahn-Netzes ist ihre erste Wahl.

Gerade der Ausbau von U-Bahnen verbraucht jede Menge Beton. Die Betonindustrie ist aber einer der Hauptverursacher von Treibhausgasen. In Berlin hat man die Umweltkosten eines U-Bahn-Tunnels berechnen lassen. Anhand fünf konkreter Berliner Projekte kam heraus, dass der Klimaschaden durch den Bau

neuer U-Bahntunnel sich im Durchschnitt erst nach 139 Jahren amortisiert. Doch bis zur Düsseldorfer CDU hat sich das noch nicht herumgesprochen.

DIE LINKE sieht im wahrsten Sinne schwarz bei den Vorschlägen der Kooperation von CDU und Grünen. Menschen sollen unterirdisch Bahn fahren, damit Autos mehr Platz haben. In der Sitzung des Verkehrsausschuss am 12.01.2022 wurde der Fahrradweg zur Hofgartenrampe als Radweg für beide Richtungen beschlossen, obwohl die vorgegebene Mindestbreite nicht eingehalten werden kann. Das ist keine Verbesserung der Radwege, sondern eine Gefährdung der Radfahrenden. Auch ein geplantes Parkhaus am Südpark hilft der Verkehrswende nicht. Der jetzige kostenfreie Parkplatz mit 280 Stellplätzen ist nicht ausgelastet. Das Parkhaus soll auf 800 Plätze aufgestockt werden und auch Parkgebühren kosten. Die Baukosten sind mit 23.450.000 EUR veranschlagt. Super, sagten CDU und Grüne und stimmten mit ihrer Mehrheit zu.



Berlin: So könnte es auch hier aussehen
Foto: (CCO) wikipedia/Gerddanigel

entspricht den Maßnahmen des Klimakonzeptes, welches Fußgänger:innen schlichtweg nicht berücksichtigt hat. Noch 2020 hat die Landeshauptstadt Düsseldorf am Fußverkehrs-Check NRW teilgenommen mit dem Fazit, dass für eine Verbesserung zusätzliche Finanzmittel und zusätzliches Personal für die Fußverkehrsförderung notwendig sind. Deshalb beantragte DIE LINKE je 4 Millionen Euro für die Haushalte 2022 bis 2024.

Durch Pedelecs und E-Bikes sind die Strecken für Radfahrer:innen länger geworden. Der Pendler:innenverkehr von morgen wird Radverkehr sein. Eine Anbindung von Radwegen und eine gute Infrastruktur ins Umland sind dafür elementar. Um hier die Lücke zu den Emissionszielen zu schließen, hat DIE LINKE zusätzlich 1,5 Millionen Euro für die Jahre 2022 bis 2024 gefordert.

Besondere Berücksichtigung findet der Ausbau von Radwegen auf Nebenstraßen. Aber auch hier fehlen zusätzliche 6 Millionen Euro für die kommenden vier Jahre.

Während in Düsseldorf weniger als 5

Ranger:innen statt Ordnungs- und Sicherheitsdienst (OSD)

Düsseldorf hat insgesamt 12 Naturschutzgebiete mit einer Größe von insgesamt 1.521 Hektar. Diese sind mit den Auenbereichen des Rheins bis hin zu Mischwäldern im Düsseldorfer Stadtwald sehr unterschiedlich. Die Naturschutzgebiete schützen Pflanzen und Tiere, die auf der Roten Liste vom Aussterben bedrohter Arten stehen. Durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit geben Ranger:innen Informationen über die Natur und einen sachgemäßen Umgang an die Besucher:innen. Seit Ausbruch der Pandemie Anfang 2020 hat sich das Freizeitverhalten der Menschen verändert. Die Menschen erholen sich vermehrt regional. Es kam auch in Düsseldorfer Naturschutzgebieten zu mehr Menschenansammlungen, erhöhtem Müllaufkommen, Vandalismus und Lärmstörungen, was der Natur und den dort lebenden Tieren schadet. Die Stadt appelliert an ein rücksichtsvolles „Miteinander in Natur und Landschaft“. Die LINKE forderte daher mehr Bildung und Sensibilisierung durch Ranger:innen vor Ort. Schwarz-Grün lehnte das ab und blieb bei einer Law-and-Order-Politik. Der OSD soll nach dem Rechten sehen.

Entsiegelungskataster abgelehnt

Ein Entsiegelungskataster zeigt, wo Grundstücke in Düsseldorf unnötig versiegelt sind. Seit 2008 beschäftigt sich die Verwaltung mit dem Problem der Versiegelung. Entsiegelung ist im Klimawandel dringend nötig, wie die Düsseldorfer Klimaanalyse 2020 und das Jahrhunderthochwasser vom Juli 2021 aufzeigten. Es kommt sowohl zu einer Zunahme an Hitzeinseln in Düsseldorf als auch zu mehr Hochwasserüberflutungen durch Starkregen. Dennoch hat die Neuversiegelung in Düsseldorf zugenommen. Da Ver- wie auch Entsiegelung nicht systematisch erfasst werden, liegen keine verwertbaren Daten vor. Im Klimaanpassungskonzept von Düsseldorf (KAKDUS) wird die Bedeutung von Entsiegelung klar hervorgehoben. In anderen Städten hat man die Notwendigkeit eines solchen Katasters schon erkannt. In Berlin gibt es eines und in Köln und Bochum werden Kataster eingeführt. Projekte werden vom Land NRW zu 80 Prozent gefördert. Schwarz-Grün lehnte unseren Antrag aber trotz Klimanotstand ab.



Auch ein Antrag auf Fahrradwerkstatt-Station wurde abgelehnt
Foto: © Rheinblick

Unterstützung von Luxus-Events abschaffen!

Mit 200.000 Euro wird jährlich der Düsseldorfer Reiter- und Rennverein unterstützt. Davon sind 100.000 Euro für Sanierungsmaßnahmen ausgewiesen. Diese Förderung gibt es seit Jahren. Bis 2017 wurden die Baumaßnahmen sogar mit jährlich 150.000 Euro unterstützt. Was da genau saniert wird und warum der Verein von der Stadt Düsseldorf unterstützt wird, konnte bis jetzt, trotz Nachfragen, nicht eindeutig belegt werden. Es wird ein Nutzen für die Stadtgesellschaft behauptet, den die LINKE in Frage stellt. Fragen zu der angeblichen Sanierung werden nur pauschal beantwortet ohne eine Aufstellung der Kosten. Für DIE LINKE sind diese großzügigen Zahlungen aus der Stadtkasse eine Subvention privatwirtschaftlicher Interessen und haben keinen gesamtgesellschaftlichen Nutzen. Hinzu kommt die fragwürdige Ausbeutung von Tieren zu Unterhaltungszwecken, den DIE LINKE ablehnt. Deshalb wurde die Streichung dieser Unterstützungsleistung durch öffentliche Gelder von der LINKEN gefordert. Aber weder das Tierwohl noch die fragwürdige finanzielle Unterstützung interessierte die Grünen und die CDU; sie lehnten den Antrag ab.

Abschiebungen weiter erwünscht

Der rapide Fall von Afghanistan in die Hände der Taliban hatte im Sommer 2021 die Menschen auch hier bewegt. Viele sind auf die Straße gegangen und haben eine sofortige Aufnahme von gefährdeten Menschen aus Afghanistan gefordert. In einem gemeinsamen Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP wurde die Aufnahme von 100 bis 150 geflüchteten Ortskräften und deren Angehörigen, sowie anderen besonders gefährdeten Menschen in Düsseldorf gefordert. Ein richtiger Schritt und ein wichtiges Statement; die Entscheidung liegt allerdings beim Bundesinnenministerium. DIE LINKE im Rat wünschte eine Ergänzung des Antrages, dass Abschiebungen von Afghan:innen, unabhängig von einer möglichen diplomatischen Anerkennung des Taliban-Regimes, dauerhaft eingestellt werden. Noch kurz vor der Übernahme der Taliban fand der letzte Abschiebeflug aus Deutschland nach Afghanistan statt und auch jetzt werden Möglichkeiten der Abschiebung gesucht. Dem Ergänzungsantrag wurde nicht gefolgt. Die Mehrheit im Rat möchte weiter abschieben.

Der städtische Haushalt 2022

CDU & Grüne: Sozialkürzungen und niedrige Gewerbesteuer

Überfallartig setzten Grüne und CDU bei der Beratung des städtischen Haushalts für 2022 zahlreiche Kürzungen im sozialen Bereich durch. Bei fast jedem Förderantrag für die Sozialangebote von Diakonie, Rotem Kreuz, Caritas stand ein Ratsmitglied von CDU oder Grünen auf und beantragte mündlich eine Stellenstreichung, eine Budget- oder eine Laufzeitkürzung.

Weil das vorher nicht angekündigt war, konnte DIE LINKE die Sparpläne nicht vor der Haushaltsberatung angreifen. CDU und Grüne vermieden mit ihrer Taktik auch Proteste von Betroffenen oder kritische Vorberichterstattung in der Presse. Nach der Sitzung dominierte die Entscheidung für einen milliardenteuren Opernneubau die Berichterstattung.

Debattenverlauf grenzwertig

Der Opernneubau wurde übrigens vor den Sozialkürzungen beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt stritten CDU und Grüne einfach ab, dass wegen des Opernprojektes an irgendeiner anderen Stelle gespart werden müsse.

Wie eine seriöse Haushaltspolitik aussieht, zeigte DIE LINKE: Sie beantragte zu Beginn der Ratssitzung eine moderate Gewerbesteuererhöhung, die alle Kürzungen

im Haushalt überflüssig gemacht hätte. Viele Städte in Nordrhein-Westfalen müssen sich in der Corona-Krise ohnehin vom Unterbietungswettbewerb bei den Steuern verabschieden, sagte das LINKE Rats-

mitglied Marcus Flemming. DIE LINKE beantragte eine Anhebung in zwei Schritten - für 2022 um neun, ab 2023 um weitere neun Prozent. Das hätte der Stadt Düsseldorf laut Berechnung der Stadtkämmerei Mehreinnahmen von 78 Millionen Euro in 2022 und in den Folgejahren bis zu 173 Millionen Euro pro Jahr eingebracht. Die Gewerbesteuer ist eine Gewinnsteuer mit umfangreichen Ausnahmeregelungen für



Können durchaus höhere Gewerbesteuer zahlen

Foto: (CC0) pixabay/User_Id:652234

und sparten lieber beim Sozialen. Dabei brauchen gerade in der Krise immer mehr Menschen Unterstützung. DIE LINKE wagt als einzige, den Konzernen ihre Steuer geschenke wegzunehmen. Anja Vorspel, Sprecherin der LINKEN Ratsfraktion fasste zusammen: "Statt Haushaltskürzungen braucht Düsseldorf Investitionen in Soziales, in Zukunftsprojekte, in Verkehrs- und Klimapolitik."

pro Unterrichtsstunde. Und diese Forderung ist nicht aus der Luft gegriffen. So werden Kurse, die in der Verantwortung des Bundes liegen, mit 41 Euro die Stunde vergütet. Demnach besteht ein deutlicher Unterschied zwischen der Vergütung derjenigen Dozierenden, die im Auftrag des Bundes unterrichten, und derjenigen, die im Auftrag der Stadt Düsseldorf tätig sind. Bei gleicher Tätigkeit! Die Stadt aber will dem Kuratoriumsbeschluss nicht folgen.

VHS-Lehrkräfte verdienen mehr

DIE LINKE unterstützt Forderung nach Honoraranpassung

Volkshochschulen definieren sich als Einrichtungen der Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung. Sie haben den Anspruch, ganzheitliche und lebenslange Bildung für alle zu ermöglichen. In Düsseldorf ist die Volkshochschule die größte staatlich anerkannte und geförderte Weiterbildungsanbieterin. Dort nehmen jährlich Tausende Menschen Weiterbildungsangebote wahr.



Honorare an der VHS sind zu niedrig

Foto: (CC0) pixabay/Alexandra_Koch

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, braucht es Lehrkräfte, die die Weiterbildung für alle in unterschiedlichen Bereichen anbieten und möglich machen. Für die VHS arbeiten rund 900 „freiberufliche“ Dozierende. Diese Honorarkräfte bekommen weder ein festes Gehalt, noch eine Bezahlung bei Krankheit,

Urlaub und an Feiertagen – und schon gar keine Arbeitgeberanteile zu Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Sie erhalten nur ein Honorar pro gegebener Unterrichtsstunde – davon müssen sie alle sonst üblichen Arbeitgeberleistungen selber finanzieren. Von dem Honorar bleibt ihnen dann als „Bruttolohn“ nur rund ein Drittel übrig.

Seit Jahren kämpfen Lehrkräfte und ihre Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für eine Erhöhung ihrer Stundenhonorare, immer wieder kritisiert die GEW die Untätigkeit der Düsseldorfer Verwaltung. Im Herbst 2019 wurde im Stadtrat eine Erhöhung der Honorare für Dozierende von 24 auf 30 Euro die Stunde beschlossen. Um aber auf einen Stundenlohn zu kommen, der der Bedeutung der Lehrtätigkeit gerecht wird, bedarf es durchaus mehr.

Das zuständige Kuratorium der VHS empfahl im Juni vergangenen Jahres eine jährliche Erhöhung ihres Honorars um 2,75 Euro bis zum Betrag von 41 Euro

pro Unterrichtsstunde. Und diese Forderung ist nicht aus der Luft gegriffen. So werden Kurse, die in der Verantwortung des Bundes liegen, mit 41 Euro die Stunde vergütet. Demnach besteht ein deutlicher Unterschied zwischen der Vergütung derjenigen Dozierenden, die im Auftrag des Bundes unterrichten, und derjenigen, die im Auftrag der Stadt Düsseldorf tätig sind. Bei gleicher Tätigkeit! Die Stadt aber will dem Kuratoriumsbeschluss nicht folgen.

Im November vergangenen Jahres wandte sich deshalb der Stadtverband Düsseldorf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in einem offenen Brief an die Ratsmitglieder und den Oberbürgermeister. DIE LINKE stellte zur Haushaltssitzung des Stadtrats am 16.12.2021 den Antrag, die Honorare der VHS-Lehrkräfte zu erhöhen und der Empfehlung des Kuratoriums zu folgen. Leider hat im Rat die schwarz-grüne Mehrheit gemeinsam mit der FDP den Antrag auf Erhöhung abgelehnt. DIE LINKE Ratsfraktion wird sich weiterhin für die Honoraranpassung einsetzen, denn die Bildungsangebote der VHS sind für unsere Stadtgesellschaft von enormer Bedeutung.

Schnellere Abschiebungen geplant

Widerstand gegen ein Abschiebegefängnis am Flughafen

Im September 2021 wurde bekannt, dass die NRW-Landesregierung ein neues Abschiebegefängnis am Düsseldorfer Flughafen errichten möchte. Bisher gibt es in NRW das streng abgeriegelte Abschiebegefängnis in Büren mit 175 Zellen. Im geplanten „Abschiebegefängnis“ in Düsseldorf sollen weitere 25 Geflüchtete einsitzen - „kurzfristig“. Schnellere Abschiebungen sind laut dem zuständigen NRW-Flüchtlingsministerium das Ziel.

Ein Abschiebegefängnis am Flughafen würde den Rechtsweg gegen Abschiebebefehle aushebeln: Anwält:innen könnten nur noch im Nachhinein feststellen, dass ihre Mandant:innen abgeschoben wurden. Das wäre ein Skandal für eine Stadt, die sich seit Jahren für die Aufnahme Geflüchteter einsetzt und der Städtekoalition „Sichere Häfen“ angehört!

DIE LINKE Ratsfraktion wollte wissen, ob die Stadt Düsseldorf unter CDU-Oberbürgermeister Keller wirklich eine Kehrtwende nach rechts macht. Zur Sitzung des Stadtrats am 18.11.2021 fragte DIE LINKE nach, wer mit wem über welchen Gefängnis-Standort mit welchem Ergebnis verhandelt hat. Die Stadtverwaltung antwortete schmal-

lippig „Das Ministerium (...) hat mit der Landeshauptstadt Düsseldorf und dem Düsseldorfer Flughafen Gespräche zur Einrichtung eines Ausreisegewahrsams im Stadtgebiet geführt.“

Das Konfliktthema soll bis nach der Landtagswahl NRW unter der Decke gehalten werden

Für die Grünen, als Kooperationspartner von OB Keller, ist das Thema Abschiebeknast besonders unangenehm: Die NRW-Grünen können sich im Landtagswahlkampf nicht als weltoffene, humanitäre Partei darstellen, wenn die Düsseldorfer Grünen dem Bau eines Abschiebeknasts zustimmen.

DIE LINKE Ratsfraktion aber setzt jetzt alles daran, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Auf weitere Nachfrage gab die Düsseldorfer Stadtverwaltung zu, dass sie weiterhin ein Grundstück für das Abschiebegefängnis sucht. In städtischem Besitz gebe es nichts Passendes, aber jetzt prüfe man Grund-

stücke der Flughafen Düsseldorf GmbH, die zur Hälfte der Stadt gehört. Auf die Frage, weshalb der Stadtrat nicht einbezogen werde, antwortet die Verwaltung, dass die Grundstücksfrage „noch keinen Reifegrad erreicht [hat], der eine Einbindung des Stadtrates und seiner Gremien erfordert“.

Dem widerspricht DIE LINKE: Jede Unterstützung der Stadt beim Bau eines Abschiebegefängnisses erfordert selbstverständlich eine politische Entscheidung



Kein Abschiebeknast am Flughafen!
Foto: (CC0) pixabay/phtorxp

und eine Debatte im Stadtrat! DIE LINKE hat sich vorgenommen, das Abschiebegefängnis zum Thema im Stadtrat und in der Öffentlichkeit zu machen – vor dem Landtagswahltermin.

Umweltkatastrophe in Leverkusen

Auswirkungen auf das Düsseldorfer Trinkwasser?



Links die Giftmülldeponie Bürdig, dahinter liegt das Currenta Gelände
Foto: (CC BY-SA 4.0) wikipedia/Raimond Spekking & Elke Wetzig

Am 27. Juli 2021 kam es auf dem Leverkusener Betriebsgelände der Chemie Firma Currenta GmbH & Co. KG aufgrund der Missachtung von Sicherheitsrichtlinien zu einer Explosion von Gifttanks mit Sonderabfällen. Sieben Mitarbeiter starben, 31 wurden verletzt, fünf von ihnen mit schwersten Verbrennungen.

Neben einer Vielzahl von Giftstoffen, wie z.B. Dioxinen und Furanen, die sich aufgrund des Brandes in der Umgebung verbreiteten, wurden die noch vorhandenen giftigen Flüssigkeiten sowie das Löschwasser über das dortige Klärwerk in den Rhein abgelassen. Die Giftstoffe konnten über die Kläranlage nicht abgebaut werden und flossen ungehindert in den Rhein und das wochenlang, trotzdem es vorgeschrieben ist, das Löschwasser aufzufangen und in einer Sondermüllanlage zu verbrennen. Das kostet aber Geld, das man

sich zu Lasten der möglichen Schädigung von Natur und Mensch wohl sparen wollte.

Wieviel verseuchtes Wasser in den Rhein floss, ist immer noch nicht geklärt. Waren es „nur“ 9,5 Millionen Liter oder sind es gar mehr als 30 Millionen mit Chemikalien verseuchtes Wasser? Der WDR berichtet über den Skandal: „Nach der Explosion hatte das Landesamt für Natur, Verbraucher und Umweltschutz (LANUV) im Abwasser des Klärwerks unter anderem deutlich erhöhte Werte des in Deutschland verbotenen Insektengiftes Clothianidin und des extrem gewässerschädlichen Stoffes PFOS gemessen.“

Currenta behauptet, dass die Grenzwerte nicht überschritten wurden, allerdings gibt es keine Grenzwerte für Clothianidin. Es wird geschätzt, dass mindestens 60 bis 70 Kilogramm des giftigen Stoffes in den Rhein gelangt sind. Im Abwasser

der Leverkusener Kläranlage wurden 120 Mikrogramm Clothianidin gemessen. Das ist das 60.000-fache der Umweltqualitätsnorm für den vergleichbaren Stoff Imidacloprid, der bei 0,002 Mikrogramm pro Liter Wasser liegt.

Durch Anfrage des WDR konnten nachträglich die giftigen Stoffe in den Niederlanden nachgewiesen werden. Fahrlässig wurde es unterlassen, die zuständige Internationale Kommission zum Schutz des Rheins zu informieren. So wurde die Gefährdung der Gesundheit von fünf Millionen Niederländer:innen, die ihr Trinkwasser dem Rhein entnehmen, in Kauf genommen.

DIE LINKE fragt sich, was mit Düsseldorf ist. Immerhin werden 75 bis 80 Prozent des Trinkwassers in Düsseldorf aus Rheinuferfiltrat gewonnen. Bis jetzt ist nicht bekannt, ob auch die Stadtwerke unterrichtet wurden und ob bzw. welche Maßnahmen ergriffen worden. Dazu wird es in der nächsten Umweltausschusssitzung eine Anfrage der LINKEN geben.

Mittlerweile hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Anzeige gegen Currenta und die Bezirksregierung Köln gestellt. Inhalt ist die Gewässerverunreinigung und der illegale Umgang mit dem giftigen Löschwasser.

Kampf gegen Antiziganismus

Im Stadtrat hat DIE LINKE beantragt, dass die Bekämpfung von Antiziganismus bei der Erstellung des Handlungskonzeptes gegen Rechts-Extremismus, Antisemitismus und Rassismus gleichberechtigt aufgenommen wird. Dabei sollen Initiativen von Roma und Sinti miteinbezogen werden.

Düsseldorf steht in der Verantwortung: Sinti und Roma wurden ab 1933 zur Zwangsarbeit herangezogen. Ab 1937 wurden über 200 Menschen im sogenannten „Zigeunerlager“ am Höherweg interniert. 1940 begannen die Deportationen und der massenhafte Mord an Roma und Sinti in den Konzentrationslagern. Die meisten Sinti und Roma aus Düsseldorf wurden von den Nazis ermordet.

Anstelle einer Entschädigung erlitten die wenigen Überlebenden nach Kriegsende eine erneute Internierung am Höherweg. Neben der Aufklärung über den historischen Antiziganismus, der bei der Mahn- und Gedenkstätte in guten Händen ist, muss auch die Bekämpfung des gegenwärtigen Antiziganismus mehr Aufmerksamkeit erhalten. Erfreulicherweise fand der Antrag der LINKEN eine Mehrheit im Stadtrat. Nun hoffen wir, dass das Konzept gegen Rechts endlich erarbeitet wird. Seit anderthalb Jahren kümmert sich die Verwaltung kaum um die Erarbeitung wirksamer Maßnahmen.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Meikel Friebe, Inge Heuschen, Kea Detmers, Christian Jäger, Anastasia Kordela, Sophie Würdemann

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
rheinblick.online
facebook: LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Julia Marmulla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

15.000

Neubau Kunstakademie: Willkür als Kür?

Es wird eng in den Werk- und Werkstätten der Düsseldorfer Kunstakademie. Wegen der steigenden Zahl von Studierenden braucht es mehr Platz. So ist geplant, Werkstätten in einen Neubau auszulagern. Dieser Neubau soll auf der Wiese vor dem Hauptgebäude errichtet werden. Doch wie kam es zu dieser Entscheidung, wer plante etwas und was ist mit einer Öffentlichkeitsbeteiligung? Der Stadtrat hat im vergangenen Jahr die zu bebauende Wiese per Erbbaurecht der Kunstakademie übertragen. Den Entwurf zum Erweiterungsbau fertigte der Rektor der Kunstakademie, Karl-Heinz Petzinka, an, der sich damit ein eigenes Baudenkmal schaffen wollte. Ohne dass ein entsprechender Wettbewerb ausgeschrieben wurde. Dieser Vorgang wurde scharf kritisiert. Deshalb fragte DIE LINKE Ratsfraktion im Stadtrat nach, warum bisher keine Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte. Laut Verwaltung soll vor einem Baugenehmigungsverfahren der Öffentlichkeit das "Angebot" einer Beteiligung gemacht werden. Die Antwort der Verwaltung überzeugt ganz und gar nicht. Eine Beteiligung am Genehmigungsverfahren ist nichts anderes als eine Farce, denn das grundsätzliche Konzept wird nicht mehr in Frage gestellt, es können nur noch unbedeutende Details diskutiert werden. DIE LINKE fordert, das gesamte Vorgehen neu überdenken und durch ein korrektes Ausschreibungsverfahren zu ersetzen. Mehrere Architektenvereine und Stadtplanungsorganisationen kritisieren ebenso in einem offenen Brief das gesamte Vorgehen und fordern einen offenen internationalen Wettbewerb. Wir bleiben dran.

Ticketpreise der Rheinbahn steigen weiter
Düsseldorf verschläft die soziale Verkehrswende

Das Bus- und Bahnfahren ist besonders in der Pandemie für viele so unattraktiv geworden wie selten zuvor. Eine hohe Ansteckungsgefahr und hohe Preise schrecken ab. Dabei gibt es gute Gründe, endlich das Auto stehen zu lassen und die Bahn zu nutzen. Die Spritpreise sind hoch; PKWs produzieren eine Menge CO₂ und verunreinigen insgesamt die Luft.

Die Städte kennen schon lange diese Probleme, sie verschlafen aber die soziale Verkehrswende nahezu vollständig. Dabei hat die Verkehrswende auch wichtige finanzielle Vorteile für die Kommunen: Denn Autos sind auch für Kommunen ein teures Vergnügen.

Unter der Leitung von Prof. Dr.-Ing. Carsten Sommers forschten Verkehrswissenschaftler:innen der Universität Kassel an den Kostenbelastungen der Kommunen, die durch verschiedene Verkehrsmittel verursacht werden. Die Studie ergab, dass durch Unfälle, Klimaschäden oder Infrastrukturausgaben dreimal so viel Geld für PKW-Verkehr ausgegeben werden muss wie für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Anders als der PKW-Verkehr bringen Bus und Bahn den Kommunen sogar Einnahmen. Der Kostendeckungsgrad des ÖPNV ist höher als der des PKW-Verkehrs: Nutzer:innen öffentlicher Verkehrsmittel tragen mit ihren Kostenbeiträgen mehr zu Unterhalt und Finanzierung von Verkehrswegen bei. Auch wenn die Kommunen für den ÖPNV teilweise etwas mehr Geld in die Hand nehmen müssen als für den Autoverkehr, sollten diese Investitionen auch als Zukunftsinvestitionen betrachtet werden. Deutschland produzierte im Jahr 2020 644 Millionen Tonnen CO₂ – 146 Millionen Tonnen wurden dabei allein im Verkehrssektor ausgestoßen.

Immer mehr Städte in Deutschland greifen deshalb als Investition in die Verkehrswende auf das 365-Euro-Ticket zurück. Das würde sich auch in Düsseldorf anbieten, wo das Ticket 1000 im Abo für das Düsseldorfer Stadtgebiet (Preisstufe A3) stolze 71,13 Euro im Monat kostet. Eine jährliche Summe von 853,56 Euro sind kein Anreiz, das Auto stehen zu lassen und auf Bus und Bahn umzusteigen.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf muss nach Überzeugung der Ratsfraktion DIE LINKE jetzt dringend etwas tun, damit der öffentliche Nahverkehr attraktiver wird.

zeit immer weiter. Der Verwaltungsrat des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr beschloss bereits am 24. Juni 2021 erneute Fahrpreiserhöhungen für das Jahr 2022. Grund dafür sei besonders die angespannte Marktsituation seit Beginn der Corona-Pandemie, die aufgrund einbrechender Fahrgastzahlen für starke Einnahmeausfälle gesorgt habe. Der VRR rechnet damit, dass die Folgen der Corona-Pandemie auch in den kommenden Jahren noch für finanzielle Einbußen sorgen werden. Das Sozialticket kostet zum 1. Januar ganze 39,80 Euro. Somit müssen auch im Jahr 2022 fast zehn



Vorbild Bordeaux: Innenstadt fast autofrei, Monatsticket mit Bus und Bahn 35Euro
 Foto: (CCO) pixabay/GoranWaldt

Deshalb forderte DIE LINKE im Stadtrat, dass die Stadt Düsseldorf Verhandlungen mit der Rheinbahn aufnimmt, damit ab dem 1. Mai 2022 ein Jahresabonnement für 365 Euro für ein Ticket im Düsseldorfer Stadtgebiet angeboten werden kann. Das Ticket könnte dann zu einem Preis von 30,42 Euro im Monat abonniert werden. Die Stadt hätte in diesem Fall lediglich den regelmäßigen Zuschuss an die Rheinbahn anpassen müssen.

Von günstigen Fahrpreisen entfernt sich die Rheinbahn in der Zwischen-

Prozent des Hartz-IV-Regelsatzes für das Sozialticket aufgebracht werden.

Für die Ratsfraktion DIE LINKE kann eine klimafreundliche Verkehrswende nur funktionieren, wenn alle den weitestgehend umweltfreundlicheren ÖPNV auch nutzen können. Das Mobilitätsbudget im Hartz-IV-Regelsatz ist mit dem Kauf einer Rheinbahn-Monatskarte ausgeschöpft. Der Verwaltungsrat des VRR verkündete bereits, dass in den kommenden Jahren mit weiteren Preiserhöhungen gerechnet werden müsse. So wird das nichts mit der Verkehrswende!

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Über die Arbeit der Ratsfraktion DIE Linke wird nur wenig berichtet. Das wollen wir mit dem R(h)einblick ändern.

Der R(h)einblick erscheint etwa drei-

mal im Jahr und wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
 Luegallee 65
 40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder als pdf heruntergeladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Der R(h)einblick ist jetzt auch im Internet vertreten: rheinblick.online

